

Zwar bekomme nicht jedes Kind, das in AKW-Nähe wohnt Krebs und Leukämie, aber die Kinderkrebsstudie habe nachgewiesen, daß ein Kleinkind mit um so größerer Wahrscheinlichkeit an Krebs und Leukämie erkrankt, je näher es an einem Atomkraftwerk wohnt, erklärt IPPNW-Vorstandsmitglied Reinhold Thiel. „Wir halten es für erforderlich, daß Schwangere

und Eltern kleiner Kinder verständlich und sachgerecht über dieses erhöhte Risiko informiert werden.“

Informationsbroschüre „Atomkraftwerke machen Kinder krank – Fragen und Antworten zum Krebsrisiko rund um Atomanlagen“ zum Herunterladen und Ausdrucken unter www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/atomkraftwerke_machen_kinder_krank.pdf

Strahlenschutz

Wolfgang Köhnlein erhielt Bundesverdienstkreuz

Im Januar 2009 hat Bundespräsident Horst Köhler dem Mitbegründer und früheren Präsidenten der Gesellschaft für Strahlenschutz Professor Dr. Wolfgang Köhnlein das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Im Rahmen einer Feierstunde wurde ihm die Auszeichnung jetzt am 24. April 2009 in seinem Wohnort Havixbeck bei Münster überreicht. Wolfgang Köhnlein ist damit für sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement im Umweltschutz ausgezeichnet worden. Strahlentelex gratuliert herzlich!

Wolfgang Köhnlein wurde im Frühjahr 1933 in Lauerbach im Odenwald als Sohn eines Pfarrers geboren, wuchs in Heidelberg auf, studierte in Karlsruhe und Heidelberg Physik und Mathematik und promovierte 1963 mit einer Arbeit über Strahlenwirkungen auf die DNA zum Dr.rer.nat.. Nach zwei Forschungsjahren an der Yale Universität in New Haven, Connecticut/USA, wurde er 1966 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Strahlenchemie des Kernforschungszentrums Karlsruhe und 1967 des Instituts für

Strahlenbiologie der Universität Münster. Dort habilitierte er sich 1972 für das Fach Strahlenbiologie und Biophysik und wurde schließlich 1974 in Münster auf eine Professur für Strahlenbiologie berufen. Von 1994 bis zu seiner Pensionierung war Wolfgang Köhnlein Geschäftsführender Direktor des dortigen Instituts für Strahlenbiologie. 1999 wurde er zum Mitglied und ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Strahlenschutzkommission (SSK) sowie zum Vorsitzenden des Risikoausschusses der SSK berufen, der er bis Ende 2004 angehörte. Im Jahr 2000 wurde Wolfgang Köhnlein von der deutschen Regierung auch in das Wissenschaftliche Komitee der Vereinten Nationen für die Wirkungen der Atomstrahlung (UNSCEAR) entsandt.

Der Unfall in dem Atomkraftwerk Three Mile Island 1979 in den USA wurde für ihn zum Schlüsselerlebnis. Die Kernschmelze und der Super-GAU dort sowie die nachfolgenden offiziellen Vertuschungsaktionen der Strahlenfolgen und die Verfolgung der wissenschaftlichen und juristischen Vertreter der Opfer trugen zu seiner Ablehnung der

Atomkraftverwertung bei. Seine wissenschaftliche Beschäftigung mit den Wirkungen von Radioaktivität auf die menschliche Gesundheit machte ihn zu einem Kritiker der Internationalen Strahlenschutzkommission ICRP.

Zusammen mit dem Kernphysiker Rudi H. Nußbaum aus Oregon/USA wies er anhand der Daten der japanischen Atombombenüberlebenden nach, daß sich im Bereich niedriger Strahlendosen ein überlinearer Wirkungsverlauf ergibt. Das heißt, die Wirkungen im Bereich niedriger Strahlendosen sind relativ (pro Doseinheit) höher, als bei höheren Strahlendosen. Auf die notwendigen Folgerungen für den Strahlenschutz hat er unermüdet hingewiesen.

Sein gesellschaftliches Engagement veranlaßte ihn, zahlreiche sowohl wissenschaftliche Fortbildungsveranstaltungen und Kongresse zu organisieren und zu gestalten, als auch populärwissenschaftliche Vorträge zu halten. Er wurde dabei zu einer Leitfigur der wissenschaftlichen Strahlenschutzkritik in Deutschland. 1990 gehörte Wolfgang Köhnlein zu den Gründungsmitgliedern der Gesellschaft für Strahlenschutz, die er von 1995 bis 1999 auch als deren Präsident führte und deren Vorstand er bis heute angehört.

Als Bürger wurde er durch zahlreiche Aktivitäten im gemeindlichen und kirchlichen Bereich ebenfalls zu einem Vorbild für andere, und unter anderem auch durch seine Beteiligungen an Errichtung und Unterhalt von Windkraftanlagen – zum Beispiel auf dem Baumberg im westlichen Münsterland – sowie Solar- und Biogasanlagen im In- und Ausland.

Strahlentelex wünscht weiterhin viel Kraft und Gesundheit für weiteres Engagement. ●

Berlin

Dokumentarfilm: Uranium – is it a Country?

22. Mai 2009, 19:00 Uhr: Kunstverein ACUD e.V., Kino 1, Veteranenstr. 21, Berlin-Mitte

„Was passiert in Afrika, Kanada und Australien, damit bei uns das Licht angeht?“ Auf eine Spurensuche nach der Herkunft von Atomstrom haben sich 20 junge Leute der Initiative STRAHLENDES KLIMA begeben und sind in Australien fündig geworden. Dort in Down Under lagern die größten Uranvorkommen der Welt. Für Freitag, den 22. Mai 2009 laden sie gemeinsam mit dem Uranium Network Deutschland um 19:00 Uhr in das Kino 1 des Kunstvereins ACUD e.V. (www.acud.de, Veteranenstraße 21) in Berlin-Mitte ein, um ihren Dokumentarfilm „Uranium – is it a Country?“ vorzustellen. Der Eintritt ist kostenlos. Anschließend gibt es eine Gesprächsrunde mit den FilmemacherInnen und Gästen, die aus erster Hand über die Folgen des Uranabbaus berichten (Hilma Shinondola-Mote, Expertin aus Namibia), Fragen über Gesundheit, Strahlung und Radioaktivität beantworten (Thomas Dersee, www.strahlentelex.de), wissen lassen, wie wir den Atomausstieg selber machen können (Florian Noto, www.atomausstieg-selber-machen.de) und einen Einblick in die Situation des Uranabbaus weltweit geben (Günter Wippel, Uranium Network).

Australien hat kein einziges Atomkraftwerk, das kommerziell Strom produziert, Kohlekraftwerke dominieren. Dabei ist das Land nach Kanada der weltweit zweitgrößte Exporteur von Uran. In einigen Bundesstaaten ist der Uranabbau verboten und seit 1984

wurde eine „Three Mines only“-Politik betrieben. Das heißt, es darf jeweils nur in maximal drei Bergwerken Uran abgebaut werden. Derzeit sind das die Bergwerke Ranger, Olympic Dam und Beverly. Seit 2007 ist in Australien die Labour-Partei an der Regierung. Wegen der weltweiten Nachfrage hat sie die Drei-Minen-Politik aufgeweicht, ein viertes Uranbergwerk wurde bereits genehmigt.

Oft wird nur mit kurzfristigen Vorteilen des Uranabbaus wie die Schaffung von Arbeitsplätzen geworben, die langfristigen Folgen aber werden verschwiegen. Der Uranabbau birgt tatsächlich große Risiken

für Mensch und Natur. Große Mengen gefährlicher, radioaktiver Abfälle entstehen, die auf riesigen Abfallhalden und in Schlammbecken landen. Diese „Tailings“ sind über zehntausende Jahre lang radioaktiv und müssen über diese Zeit hinweg von der Umwelt abgeschirmt werden. Das gelingt nur unvollkommen, die Becken werden undicht und kontaminieren waserführende Erdschichten.

Dokumentarfilm und Diskussion „Uranium – is it a Country?“, deutsch/englisch im Original mit deutschen Untertiteln, am Freitag, 22. Mai 2009, 19:00 Uhr, im Kunstverein ACUD e.V., Kino 1, Veteranenstr. 21, Berlin-Mitte. Der Eintritt ist frei. ●

Atommüll-Endlagerung

Die ergebnisoffene Endlagersuche ist in der Großen Koalition gescheitert

„Bei der Suche nach einem Atommüllendlager muß die Sicherheit der Bevölkerung und der Natur an erster Stelle stehen. Wir brauchen nicht irgendeinen Standort, sondern den am besten geeigneten – den aber kann man nur in einem ergebnisoffenen und transparenten Suchverfahren ermitteln. Ich habe im Herbst 2006 unter dem Titel ‚Verantwortung übernehmen, den Endlagerkonsens realisieren‘ ein Konzept für die Standort-suche in Deutschland vorgelegt. Dieses Konzept entspricht dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Debatte, greift Erfahrungen aus Ländern wie der Schweiz oder Schweden auf und sorgt für eine optimale Beteiligung der Menschen vor Ort. Ich bedaure es sehr, daß Teile der Großen Koalition nicht den Mut hatten, sich auf dieses Verfahren zu verständigen.“

Das erklärte der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel am 21. April 2009 in Berlin anlässlich der Besichtigung einer vom Bundesamt für Strahlenschutz erstellten mobilen Ausstellung zur Information über die Endlagerung radioaktiver Abfälle und gestand damit das Scheitern einer ergebnisoffenen Standort-suche ein. Offenbar will man in der Atomindustrie und in Teilen der Politik unbedingt weiter an einer Endlagerung im Salzstock Gorleben festhalten, obwohl die Atommüll-lagerung in Salzformationen in dem Versuchslager der Schachtanlage Asse II bei Wolfenbüttel spektakulär gescheitert ist.

Politische Weisung 1983 führte in die Sackgasse

Die Standortwahl Gorlebens als nukleares Endlager wirft immer neue Fragen auf. Jetzt

erläuterte der ehemalige Abteilungsleiter in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) Professor Helmut Röthemeyer, weshalb nach Auswertung der Tiefbohrerergebnisse die Vorläuferbehörde des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) Mitte der 1980er Jahre auf Distanz zum Salzstock Gorleben ging. In einem Gespräch mit der Berliner Tageszeitung sagt er, wegen des Erkundungsrisikos und aus Gründen der Akzeptanz hätte die PTB vorgeschlagen, einen weiteren Standort zu untersuchen. Die Tiefbohrungen hätten nicht das erhoffte Ergebnis gebracht. Röthemeyer und seine Kollegen mußten in ihrem Gutachten feststellen, daß das von einer eiszeitlichen Rinne durchzogene Gestein über dem Salzstock nicht in der Lage ist, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“. Zu einem Treffen mit den Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover, auf dem der Sachverhalt und die Empfehlung, die Standortsuche zu erweitern, besprochen werden sollten, seien unerwartet auch Vertreter des Bundeskanzleramtes und der Bonner Ministerien für Forschung und Technologie und des Inneren erschienen – ein Bundesumweltministerium existierte vor dem Reaktorbrand in Tschernobyl nicht. Die Ministeriumsvertreter forderten laut Röthemeyer die PTB zur Änderung ihres Gutachtens auf. „Es gab nichts Schriftliches, keine schriftliche Weisung, aber wir mußten das Gespräch klar als Weisung auffassen“, sagt Röthemeyer, der inzwischen pensioniert ist.

Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) ergänzt: „Zweimal schon haben wir das Bundesamt aufgefordert, uns die Stellungnahme der PTB auszuhandigen bzw. Protokolle einsehen zu können. Die sach-

fremden Kriterien für die Standortwahl 1977 gepaart mit dieser falschen Weichenstellung Mitte der 1980er Jahre führen in der nuklearen Entsorgung in die nächste Sackgasse – Asse II läßt grüßen.“

Mobilisierung zur Großdemonstration am 5. September 2009 in Berlin

Delegierte aus Umweltverbänden und Anti-Atom-Initiativen haben Mitte April 2009 in Hannover eine bundesweite Mobilisierung zum Treck der Bauern aus dem Wendland nach Berlin verabredet. Die Großdemonstration am 5. September 2009 soll ein Zeichen für den Atomausstieg und die Aufgabe Gorlebens als Endlagerstandort setzen.

Broschüre zur Endlagerung

Ebenfalls Mitte April 2009 hat die Abgeordnete der Grünen im Europaparlament Rebecca Harms eine Broschüre „endlagerung – und ewig strahlt der atommüll“ über den Umgang mit Atommüll in Deutschland, weltweit und dem Fehlen einer Lösung herausgegeben: „Der Skandal im Forschungsbergwerk Asse hat die Diskussion über Salz als Endlaggerestein und die Eignung Gorlebens als Endlager erneut entfacht. Dieselben Experten aus Wissenschaft, Behörden und Politik, die Gorleben als Endlager für hochradioaktiven Müll empfohlen haben, haben auch den GAU in der Asse zu verantworten. Sie und ihre Argumente gehören nun erneut auf den Prüfstand.“

Die Broschüre kann von der Website www.rebecca-harms.de/index.php/lesen/endlagerung-und-ewig-strahlt-der-atomm-ll heruntergeladen werden oder kostenlos per eMail oder Telefon anna.turmann@gruene-europa.de / 030-22778412 bestellt werden. ●